



Bundesministerium  
für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11030 Berlin

Frau  
Inge Höger MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Enak Ferlemann, MdB**  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT  
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250  
FAX +49 (0)30 18-300-2269

psts-f@bmvbs.bund.de  
www.bmvbs.de

Datum: Berlin, 02.12.2010  
Seite 1 von 2

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage Nr. 300/November:

*Welche Maßnahmen zur Verhinderung der Beteiligung deutscher Unternehmen in Eigentum der Bundesrepublik Deutschland an Verstößen gegen das Völkerrecht gedenkt die Bundesregierung angesichts des Engagements des Tochterunternehmens der Deutschen Bahn DB International bei der Elektrifizierung einer teilweise durch nach dem Völkerrecht illegal besetzte Gebiete führende Bahnstrecke zwischen Tel Aviv und Jerusalem zu ergreifen und, falls sie diese Absicht nicht hat, wie begründet die Bundesregierung die Duldung von Verstößen gegen Völker- und Menschenrechte durch Unternehmen, die ganz oder teilweise im Besitz der Bundesrepublik Deutschland sind?  
(SPIEGEL Nr. 46 vom 15. November 2010, S. 102)*

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung erwartet, dass alle Unternehmen geltende Gesetze einhalten und Völkerrecht sowie Menschenrechte respektieren.

Die Verantwortung für die Einhaltung des geltenden Rechts liegt in erster Linie beim Vorstand bzw. der Geschäftsführung. Diese sind nach Gesellschaftsrecht für das operative Geschäft zuständig.

Besteht der Verdacht von Rechtsverstößen, nutzt die Bundesregierung bei Unternehmen im Bundeseigentum und ihren Tochterunternehmen die ihr zustehenden Befugnisse als Eigentümer sowie ihre Einflussmöglichkeiten über ihre Vertreter im Aufsichtsrat, um den Sachverhalt aufzuklären und ggf. Verstöße abzustellen.





Bundesministerium  
für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung



Seite 2 von 2

Die Bundesregierung weist zudem auf der Website des Auswärtigen Amtes unter der Rubrik Länderinformationen Israel bzw. Länderinformationen Palästinensische Gebiete auf rechtliche Aspekte wirtschaftlichen Engagements in den besetzten Gebieten hin.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Enak Ferlemann

